

Aufnahmetest für Medizinstudium: Der Fairness verpflichtet

Gastkommentar. Der viel gescholtene Med-AT ist fair zu den Geschlechtern. Eine Klarstellung.

VON MARTIN ARENDASY

Alljährlich im Sommer spielt sich nach Durchführung des Aufnahmeverfahrens für die Diplomstudien Human- und Zahnmedizin (Med-AT) sowie Bekanntgabe der Ergebnisse ein Dramulett ab: der Vergleich der Geschlechter, genauer der Vergleich der geschlechtsspezifischen Stichprobenanteile in den Bewerber- und Aufgenommenen-Stichproben. Medial wirksam gelangt man dann zum Schluss, dass der Med-AT genderunfair und zu überarbeiten sei, weil sich diese Stichprobenanteile nicht gleichen. Dabei lassen sie sich, naheliegenderweise, gar nicht direkt miteinander vergleichen. Oftmals vermutete Ursache für die vermeintliche Unfairness: ein beobachteter Gender Gap.

Konzeptuell sollten Gender Gap auf der einen und Gender Fairness auf der anderen Seite jedoch ganz genau unterschieden werden: Während Ersterer (reale oder artifizielle) Leistungsunterschiede thematisiert, ist Letztere die Voraussetzung, um Ersteren überhaupt feststellen zu können. Allgemein gesprochen kann ein Aufnahmeverfahren dann als fair bezeichnet werden, wenn die gezeigte Leistung (im einfachsten Fall) nur von der Aufgabenschwierigkeit und der Fähigkeit, die Aufgaben richtig zu lösen, abhängt, nicht jedoch von anderen Merkmalen, wie etwa Geschlecht, Nationalität/Minorität und dergleichen.

Angewandt-psychometrische Ansätze ermöglichen eine solche Überprüfung von Aufnahmeverfahren. Der Med-AT wurde für eine Vielzahl von Schichtungsmerkmalen, wie z. B. Geschlecht, Nationalität, Testängstlichkeit usw., einer solchen Überprüfung erfolgreich unterzogen. Man kann also, empirisch mittlerweile gut belegt, sagen, dass der Med-AT, um zum ursprünglichen Thema zurückzukehren, genderfair misst.

Dies führt konsequenterweise zur nächsten Frage: Ist der beobachtete Gender Gap real? Kurze Antwort: Ja. Kurze Frage: Warum? Längere Antwort: Eine Vielzahl von

Gründen wird in der Fachliteratur ganz allgemein für beobachtete Gender Gaps in die eine oder andere Richtung angeführt, seien es soziologisch/pädagogische, psychologische, biologische oder psychometrische Erklärungsansätze.

Im konkreten Fall ist der Blickwinkel der Schulsozialisation sicher interessant, da es hier unbestreitbar und objektiv belegt geschlechtsspezifische Unterschiede gibt. Während Burschen nach wie vor eher technisch-naturwissenschaftlich ausgerichtete Schulausbildungen, die vermutlich eine bessere Basis für ein medizinisch-naturwissenschaftliches Studium darstellen, wählen, ist das bei Mädchen noch nicht so. Ebenso wären natürlich auch andere Erklärungsansätze denkbar.

Muss der Med-AT nun grundsätzlich überarbeitet werden? Er ist genderfair. Er wird stetig und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen anhand der hohen Qualitätsstandards der Medizinischen Universitäten weiterentwickelt und gepflegt. Daher: Weiterentwicklung – selbstverständlich! Grundlegende Überarbeitung wegen des Gender Gap: Nein, das wäre dann „negativ gegendert“ und würde der Testfairness des Med-AT widersprechen. Es ergibt sich für die Zukunft also nicht eine testkonstruktive, sondern eine (bildungs-)politische Aufgabe. Wenn diese gelöst ist, bin ich mir sicher, würden die jährlich leider immer noch viel zu oft und verkürzt geführten Diskussionen zur Genderfairness des Med-AT sowie die aus ihnen entstehenden Fehlschlüsse der Vergangenheit angehören.

Schließlich können sich die Quoten in den fälschlich verglichenen Stichproben in alle Richtungen entwickeln.

Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Arendasy (Jg. 1962) ist Leiter der Abteilung für Psychologische Diagnostik und Methodik am Institut für Psychologie der Karl-Franzens-Universität Graz. Seine Expertise liegt im Bereich der modernen Testkonstruktion sowie der Intelligenz- und Persönlichkeitsforschung.

E-Mail: debate@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER



Asylwerber-Drama: Fünf einfache Fragen an unsere Regierung

Die jüngste Flüchtlingskatastrophe im Burgenland zeigt auch, dass ein Weiterwursteln wie bisher keine Option sein kann.

Dem „Profil“, gemeinhin nicht eben als Zentralorgan des Ausländerhasses geläufig, war kürzlich zu entnehmen, dass in den nächsten zehn Jahren im Extremfall bis zu eine Million Asylanten aus dem Nahen Osten, Afrika und den anderen geschundenen Gegenden dieser Welt nach Österreich kommen könnten, wenn man den üblichen Familienzug in Rechnung stellt und sich die Lage in den Herkunftsländern nicht dramatisch verbessert. Auch wenn man diese Prognose für übertrieben hält, ergibt sich daraus eine ganze Reihe von unangenehmen Fragen, um deren Beantwortung sich die Politik derzeit drückt. Und die trotz der jüngsten Katastrophe an der A4 gestellt werden müssen.

Erstens: Wie viele Migranten aus diesen Kulturkreisen kann und soll Österreich akzeptieren, ohne die Sozialsysteme an den Rand des Zusammenbruches zu bringen und eine Meuterei der Bevölkerung zu riskieren? 100.000? 200.000? 500.000? Gar eine Million? Einfach zu hoffen, die Völkerwanderung werde schon wieder aufhören, ist keine Antwort auf diese Frage.

Zweitens: Entgegen einer weitverbreiteten Annahme stehen die Tore der vermeintlichen „Festung Europa“ derzeit weit offen. Die Staaten des Schengen-Raumes haben schlicht und einfach die Kontrolle darüber verloren, wer in ihr Territorium einreist und wer nicht. Sie haben damit eine wesentliche Staatsfunktion, die Souveränität über die Außengrenzen, de facto aufgegeben. Das wird à la longue so nicht gehen. Sowohl die Grenzen zu Lande als auch zur See, etwa zwischen der Türkei und den griechischen Inseln, werden so gesichert werden müssen, dass keine illegale Einreise mehr möglich ist – nicht zuletzt, um Katastrophen wie jene von gestern an der A4 im Burgenland zu vermeiden. Wie aber soll diese Wiedergewinnung staatlicher Kontrolle über die Außengrenze organisiert werden? Und wer hat überhaupt die Eier dazu, das auszusprechen?

Drittens: Etwa drei Viertel jener Migranten, denen heuer in Österreich Asyl gewährt wird, sind Muslime mit zum Teil sehr unterschiedlichen Wertvorstellun-

gen. „Obwohl ich nicht aus einem besonders religiösen Umfeld stamme, so komme ich doch aus einer Gesellschaft, die Frauen als Bürger zweiter Klasse betrachtet und emanzipierte Mädchen (...) Prostituierten gleichstellt“, schrieb jüngst in der „Süddeutschen“ der syrische Journalist Yahya al-Aous, der als anerkannter Flüchtling in Berlin lebt. Sowohl die syrische als auch die irakische oder afghanische Gesellschaft pflegt nicht nur Frauen, sondern auch etwa Homosexuellen, Andersgläubigen und anderen Minderheiten gegenüber eher überschaubare Toleranz entgegenzubringen. Wie viel von diesen antiaufklärerischen Werten wollen wir nach Europa importieren?

Verdient auch ein Mitläufer des verbrecherischen Assad-Regimes oder auch ein von diesem verfolgter islamistischer Radikaler Asyl bei uns?

Viertens: Nach menschlichem Ermessen werden die meisten Migranten, die jetzt und in den nächsten Jahren zu uns strömen, schon aus Gründen der Sprache nicht eben für hoch qualifizierte

Jobs geeignet sein. Sie werden damit auf dem Arbeitsmarkt zu Konkurrenten der schlecht qualifizierten Österreicher immer weniger derartige Arbeitsplätze. Das wird kein sehr schöner Anblick werden, außer für die FPÖ. Hat der Herr Sozialminister – oder sonst jemand – einen mittelfristigen Plan, der verhindert, dass hier eine soziale Atombombe explodiert?

Fünftens: All das wird einiges Geld kosten. In Deutschland werden es schätzungsweise zehn Milliarden Euro pro Jahr werden, in Österreich jedenfalls hunderte Millionen. Allein ein einziger unbegleiteter Jugendlicher kostet die öffentliche Hand jährlich deutlich mehr, als ein Durchschnittsösterreicher pro Jahr verdient. Man kann das politisch ja durchaus für richtig und angemessen halten, muss dann aber auch dazusagen, wo dieses Geld herkommen soll.

Und nein, es ist nicht inhuman, angesichts dieser Flüchtlingswelle und ihrer Dramen nicht nur Emotionen walten zu lassen, sondern auch den Verstand zu aktivieren.

E-Mail: debate@diepresse.com

Zum Autor: Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline“. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

“Entgegen einer weitverbreiteten Ansicht stehen die Tore der vermeintlichen „Festung Europa“ derzeit weit offen.“

Morgen in „Quergeschrieben“: Anneliese Rohrer

über 50, die Flexibilisierung der Arbeitszeit etc., und jetzt auch die Einführung eines Zeitwertkontos – es sind immer die Genossen, die blockieren. Auch, wenn es sinnvoll wäre und dem Wohlstand und der Beschäftigung im Lande dienen würde.

Die SPÖ und die ihr zugehörigen Institutionen entwickeln sich zu Blockierern und konservativen Betonierern. Herausragende Galionsfigur ist BM Hundstorfer, der sich anscheinend für kein größeres Thema mehr engagieren will, bevor er zum Präsidentschaftskandidaten der SPÖ ernannt ist. Dr. Christian Leydolt, 1090 Wien

Immer wieder dumme historische Vergleiche

„Revolution mit Gänsefüßchen...“, „Quergeschrieben“ von Sibylle Hamann, 26. 8.

Frau Hamann hat ihre Aufgaben gemacht und erinnert an die blutigen Tage der Revolution 1917 und an die Millionen Opfer, die der damals siegreiche Kommunismus in

Folge forderte. Dass die FPÖ Österreich in Blut ertränken möchte, ist nicht anzunehmen, dass ihre historischen Vergleiche schlicht dumm, in jedem Fall aber unpassend sind, beweist sie immer wieder.

Michael Schüller, 1020 Wien

Oktoberrevolution als metaphorischer Slogan

Auf die durchaus anregend-neue Verwendung des Begriffs Oktoberrevolution in einer Plakatserie der Wiener FPÖ reagiert „Presse“-Kolumnistin Hamann so: Sie missdeutet bewusst diesen Begriff, der natürlich im Zusammenhang mit den kommenden Wahlen eine recht einfache zu verstehende Metapher ist. Eine Metapher ersetzt ein Wort durch einen bildhaften Ausdruck, der zumeist als erfrischend anders empfunden wird: Ein kluger Mensch wird als Fuchs bezeichnet – und niemand würde dieses Kompliment als Abwertung zum Tier verstehen. Oktoberrevolution als metaphorischer Slogan verspricht im Kontext der Gemeinderats-

wahlen und der absoluten rot-grünen Herrschaft also eine grundsätzliche, tief greifende Umwälzung der Verhältnisse – wie sie tatsächlich die historische Oktoberrevolution mit sich gebracht hat. Zufällig „passt“ auch der Wahltermin. Was macht aber Frau Hamann? Sie assoziiert das Wort mit einer Überfülle an negativ konnotierten Begriffen. Und versucht so eine Assoziationskette zu schmieden, die suggeriert, dass nach einem Wahlerfolg der FPÖ Verhältnisse mit „Gulags“ und „Terror“ drohen. Wir werden das Misslingen dieser Manipulation wohl im Oktober erleben! Mag. Heinz Kohlhammer, 510 Stainz

Tolle Netzabdeckung? – Probieren Sie's!

„3' schließt die letzte LTE-Lücke“, 27. 8.

So steht es in der „Presse“. Mehr noch: „Auch in ländlichen Gebieten sei jetzt eine mobile LTE-Abdeckung gewährleistet, die ein Ende der langsamen Festnetzverbindung

bedeutet.“ Ich wohne in einer IT-freundlichen Landgemeinde 200 Meter neben der Pyhrnautobahn A9, sehe auf die Bahnlinie Graz-Salzburg und mehrere Hochspannungstrassen. Unsere Stadt ist ein Industriestandort. Wir sind wohl ländlich, aber nicht abgelegen.

Somit sollte eine zeitgemäße Mobilfunkverbindung eine Selbstverständlichkeit sein. Ist es aber nicht. Denn trotz der vollmundigen Presseaussendung von „3“, die die „Presse“ offenbar ungeprüft übernommen hat, habe ich mit meinem Mobiltelefon von „3“ nicht einmal einen zuverlässigen 3G-Empfang, von LTE gar nicht zu reden. Der schlechte Empfang führt zu dauernden Netzwechsellern, die den Akku in kürzester Zeit leeren, zu Netzausfällen und telefonischer Unerreichbarkeit über Stunden, und er verhindert, dass ich eine mobile Datenverbindung aufbauen kann. Somit bleibt als Alternative für eine beruflich unabdingbare Internetverbindung nur die Festnetzleitung der Telekom. Die schafft 4 MB Download – hier

stimmt Ihr Artikel zumindest, das ist langsam.

Von einer Qualitätszeitung dürfen die Leser objektive Berichterstattung erwarten. Wenn Sie wieder einmal über die tolle Netzabdeckung auf dem Land berichten, nehmen Sie bitte ein hochwertiges Gerät mit der SIM-Karte eines beliebigen Anbieters und versuchen Sie in einer ländlichen Region einen Internetanruf. Dann schreiben Sie den Artikel. Robert Riemelmoser, 8786 Rottenmann

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof
E-Mail: debate@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte im Internet: DiePresse.com/debatte
Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.